

Marcus Pretzell^{*)} (fraktionslos): Ich bin sofort fertig. – Ich denke, dass die Folgen, die wir erleben werden, nicht nur psychischer, sondern sehr existenzieller Natur sein werden und uns länger und schwerwiegender beschäftigen werden, als das COVID derzeit tut. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Alexander Langguth [fraktionslos])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Pretzell. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin hat sich gestern Abend in ihrer Pressekonferenz noch einmal ausdrücklich zu einem Phasenmodell bekannt, also zu unterschiedlichen Phasen mit einer Corona-Notbremse. Darüber habe ich mich insofern gefreut, als dass ich diese Systematik hier bereits vor vier Wochen vorgeschlagen habe.

Frau Kollegin Schäffer, auch wenn ich mir das eine oder andere gestern noch anders gewünscht hätte, habe ich den Eindruck, dass Sie die Dimension, dass es gestern zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel gekommen ist, gar nicht verstanden haben.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das habe ich schon verstanden; ich finde es nur falsch!)

Die noch vor drei Wochen massiv propagierte akademische, aber völlig unpraktikable No-COVID-Strategie ist gestern von einem Ansatz abgelöst worden, der akzeptiert, dass wir mit diesem Virus noch länger werden leben müssen.

Der völlig unrealistische Plan, mit einem Dauer-Lockdown die Sieben-Tage-Inzidenz auf unter 35 oder gar 10 drücken zu müssen, ist durch ein Phasenmodell ersetzt worden, das die Länder jetzt in Abhängigkeit von unterschiedlichen Indikatoren wie digitaler Nachverfolgbarkeit, Testmöglichkeiten und Impffortschritt gestalten können. Das war auch mein Ansatz.

Dass sich dieser Ansatz – natürlich noch nicht zu 100 % – in der Bund-Länder-Einigung wiederfindet, hat ganz wesentlich mit dem Einsatz von Nordrhein-Westfalen und dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten in dieser Konferenz zu tun.

Ausdrücklich betonen möchte ich, dass das auch ganz wesentlich etwas mit der unermüdlichen Arbeit unseres Chefs der Staatskanzlei bei der Vorbereitung dieser Konferenz zu tun hat. Lieber Nathanael Liminski, herzlichen Dank für diesen unermüdlichen Einsatz, um unsere Anliegen in diesem veränderten Ansatz zu verankern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die NRW-Koalition wird genau diesen Prozess fortsetzen. Wir werden auf Basis des Fortschritts bei Tests, beim Impfen und bei der digitalen Nachverfolgung Grundrechtseingriffe zurücknehmen und wieder mehr gesellschaftliches Leben ermöglichen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Er hat sich selbst gelobt! Das war eine hammermäßige Rede!

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Stamp. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1. Ich schaue noch einmal in die Runde. – Es wurden keine weiteren Reden angemeldet.

Damit kommen wir zu:

2 Wie ist die Lage bei Polizei und innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 26
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9453

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/12015

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Wolf das Wort.

Sven Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst eine sehr grundsätzliche Frage stellen: Warum beschäftigen wir alle, die sich im Innenausschuss einbringen, uns eigentlich so intensiv mit der Thematik der Sicherheit für die Menschen in unserem Land?

Ich will darauf eine ganz klare und einfache Antwort geben und hoffe, dass auch viele Kolleginnen und Kollegen sie teilen: Das wichtigste Grundversprechen, das ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern geben kann, ist, dass alle in unserem Land sicher leben können.

Das ist die Grundidee, warum sich staatliche Organisationen gegründet haben, warum sich Staaten zusammengefunden haben, nämlich um ihre Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. Deswegen ist es auch wichtig, Herr Minister Reul, dass wir immer wieder hinterfragen: Wo sind wir schon gut, und wo können wir noch besser werden?

Ich möchte gerne mit einem Dank an Sie, Herr Minister Reul, beginnen, insbesondere an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr akribisch die vielen Fragen, die wir gestellt haben, beantwortet, ganz viele Daten ausgewertet und das alles in einer sehr

gut lesbaren Form zusammengestellt haben. Ich darf Sie bitten, Herr Minister Reul, meinen persönlichen Dank, aber auch den Dank der SPD-Fraktion an das Haus weiterzugeben.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Gerne!)

Zu den Ergebnissen – ich werde gleich noch auf einige Details eingehen – möchte ich gerne drei Punkte vorwegstellen: An der einen oder anderen Stelle muss Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die innere Sicherheit und die Sicherheit für die Menschen noch ein Stückchen besser werden.

Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten. Ich glaube, Anspruch und Wirklichkeit fallen noch ein wenig auseinander. Deswegen sollten wir diese Auswertung und die Antwort der Landesregierung auch geboten sachlich diskutieren.

Drei zentrale Botschaften will ich Ihnen aber jetzt schon einmal mitgeben:

Erstens. Viel Kriminalität liegt noch im Dunkeln. Wir müssen alle gemeinsam mehr Licht in das Dunkel bringen, um auch wirklich ein echtes Bild über die Sicherheitslage in unserem Land zu bekommen. Deswegen haben wir Ihnen vor einigen Monaten bereits den Vorschlag unterbreitet, regelmäßig einen periodischen Sicherheitsbericht vorzulegen und zu erarbeiten.

Zweitens. Erstmals seit 2011 sinkt die Gesamtzahl der Polizistinnen und Polizisten in diesem Jahr wieder unter 40.000. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Deswegen regen wir an, die Neueinstellungen aufzustocken und pro Jahr 3.000 Anwärtinnen und Anwärter einzustellen.

(Zuruf von der FDP)

Drittens. Wir müssen uns auch die Aufklärungsquote anschauen. Nordrhein-Westfalen liegt in vielen Deliktbereichen weit hinter anderen Bundesländern. Ich will die Frage diskutieren, warum das so ist. Liegt das an den Delikten? Liegt das an Organisationen? Liegt das daran, dass die Kriminellen in Nordrhein-Westfalen cleverer sind als in anderen Bundesländern?

Wir müssen das aufbereiten. Diese Aufbereitung gelingt am besten, wenn wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinzuziehen. Deswegen fordern wir von der Landesregierung, ein Institut für Sicherheitsforschung in Nordrhein-Westfalen einzurichten. In diesem stolzen Wissenschaftsland sollte das aus meiner Sicht, aus Sicht der SPD-Fraktion möglich sein.

(Beifall von der SPD)

Wir haben uns sehr akribisch die Antwort und die Daten, die Sie zusammengestellt haben, angeschaut. Es gibt grundsätzlich einen großen Rückgang, was die Kriminalität angeht.

(Marc Lürbke [FDP]: Das glauben Sie!)

Das ist erst mal positiv.

Negativ ist aber, Herr Kollege Lürbke, dass in einigen Deliktsbereichen die Zahlen eben nicht zurückgehen, sondern ansteigen: Die Zahl der Körperverletzungen nimmt zu, die Fälle der Sexualdelikte nehmen zu.

Das hat mit Sicherheit auch etwas mit der guten Arbeit der Polizei zu tun – keine Frage –, denn dadurch ist viel Licht ins Dunkel gekommen.

Auch die politisch motivierten Straftaten nehmen zu. Das korrespondiert mit der steigenden Hasskriminalität, die viele von uns auch alltäglich in der politischen Diskussion erleben.

Außerdem steigt die Computerkriminalität. Ich gehe davon aus, dass gerade Corona und all das, was wir hier über Lockdownmaßnahmen diskutieren, dazu führen, dass immer mehr Kriminelle ihr Geschäftsfeld verlagern und selber ins Homeoffice gehen, um von dort kriminelle Dinge zu begehen.

Mich treibt tatsächlich die Zahl der offenen Haftbefehle um. Wir haben das mehrfach diskutiert, und zwar sowohl im Rechtsausschuss als auch im Innenausschuss. Ich will noch einmal an Sie, Herr Minister Reul, appellieren:

Ich weiß, dass es vielleicht auch in der Zusammenarbeit mit Minister Biesenbach schwierig ist, denn Sie haben innerhalb der Landesregierung unterschiedliche Rollen, die auch von der Verfassung vorgesehen sind, aber arbeiten Sie gemeinsam. Machen Sie eine Vollstreckungsoffensive, um auch diese Zahl deutlich zu senken.

(Zuruf)

Ich komme zu einem weiteren Bereich, bei dem die steigenden Zahlen der Delikte sehr auffallen: Wir haben inzwischen wieder über 54.900 registrierte Delikte des Erschleichens von Leistungen, also kurz gesagt des Schwarzfahrens. Es gibt viele Diskussionen, das endlich zu entkriminalisieren, was ich auch gerne unterstütze und für richtig halte, denn das bindet unglaublich viele Ressourcen innerhalb der Justiz und innerhalb der Polizei, die wir sicherlich für andere Deliktsbereiche viel sinnvoller und besser einsetzen können.

Zu der sinkenden Zahl der Planstellen habe ich schon etwas gesagt. Die Prognose für das Jahr 2021 zeigt zum ersten Mal wieder unter 40.000 Polizistinnen und Polizisten, die auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen für Sicherheit sorgen können.

Jetzt können Sie sagen: Wir haben uns doch am Anfang der Wahlperiode eine Zahl für Neueinstellungen ausgedacht. – Das reicht aber nicht. Wichtig ist nachzusteuern und immer wieder zu prüfen, ob das, was wir uns an Neueinstellungen pro Jahr überlegt haben, ausreicht, um unser gemeinsames Ziel, mehr Sicherheit in dieses Land zu bringen, zu erreichen.

Eine Zahl muss uns doch alle umtreiben, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen, die Polizeibeamtinnen und -beamte waren: Rund 140 Überstunden leistet jede Polizistin und jeder Polizist in unserem Land.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das verdient ganz hohen Respekt und Dank, aber daran müssen wir doch weiterarbeiten.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Herr Kollege Lürbke, immer darauf hinzuweisen, was denn in vorherigen Regierungen war, reicht nicht. Sie tragen mit dieser Koalition und mit diesem Innenminister jetzt die Verantwortung für die Sicherheit in unserem Land.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das Gleiche werden Sie wahrscheinlich auch sagen, wenn ich auf die Aufklärungsquote blicke: Wir liegen leider im Vergleich zu den anderen Bundesländern weit hinten. Das kann uns doch nicht in Ruhe lassen; das muss uns doch umtreiben. Wir müssen uns doch gemeinsam ernsthaft die Frage stellen, woran das liegt.

Ich habe ein paar Fragen gerade schon angedeutet: Liegt es an den Delikten? – Ich vermute mal, dass die Kriminellen in Nordrhein-Westfalen nicht cleverer sind als in Baden-Württemberg und deswegen nicht erwischt werden.

Ich glaube erst recht nicht, dass unsere Polizistinnen und Polizisten schlechter sind als die in anderen Ländern. Ich will ganz deutlich sagen: Sie machen eine tolle Arbeit.

Die Zahl muss Sie doch auch umtreiben, Herr Minister Reul. Lassen Sie uns gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die Aufklärungsquote in Nordrhein-Westfalen in möglichst vielen Deliktsbereichen verbessern können.

Ich habe gerade schon über die Dunkelfelder gesprochen: Viele Bereiche erkennen wir gar nicht. Wir wissen gar nicht genau, wie hoch eigentlich die Kriminalität in bestimmten Bereichen ist.

Bei den Sexualdelikten haben die laufenden Ermittlungen wohl dazu beigetragen, viel Licht ins Dunkel zu bringen. Wir müssen das aber auch für viele andere Bereiche tun.

Im Innenausschuss haben wir zuletzt über die zunehmende Methode der Kriminellen diskutiert, Seniorinnen und Senioren am Telefon mit Trickbetrügereien und auch mit neuen Coronamaschen hinters Licht zu führen.

Die Aufklärungsquoten sind sehr schlecht, weil es teilweise wirklich schwierig ist, diese Kriminellen zu finden und herauszufinden, wo sie denn das Geld

hinschaffen. Da müssen wir besser werden; das muss der Anspruch an Nordrhein-Westfalen sein. Wir müssen in diesem Punkt auch auf einen der vorderen Plätze im Vergleich der Bundesländer kommen.

Uns war es wichtig, mit dieser Großen Anfrage einen Bogen zwischen dem, was wir in jedem Jahr in den polizeilichen Kriminalstatistiken lesen, und dem, was die Justiz macht, zu spannen. Wir wollen einfach wissen, was von der Arbeit der Polizei bei der Justiz ankommt und wie viel dann dort auch in Urteilen abgebildet wird.

Das ist meiner Meinung nach ganz wichtig, um ein ernsthaftes, ein belastbares Bild der Sicherheitslage in unserem Land zu bekommen. Dazu kann aus unserer Sicht insbesondere ein periodischer Sicherheitsbericht ein guter Beitrag sein.

Wir haben auch die Zahlen zur Organisierten Kriminalität abgefragt; die sind in den letzten zehn Jahren in etwa gleichgeblieben. Wir haben hier zwei große Herausforderungen:

Es gibt viele Delikte, die immer noch im Verborgenen erfolgen. Wir müssen Licht hineinbringen, wir müssen besser werden. Wir müssen auch diejenigen, die Opfer von Organisierter Kriminalität werden, stärker sensibilisieren, sich der Polizei anzuvertrauen, damit die Polizei auch die Möglichkeit hat, diese Delikte aufzuklären.

Den zweiten Punkt haben wir immer wieder diskutiert und eingefordert: Wohin fließen die Gelder aus der Organisierten Kriminalität? Es geht nicht nur um die Frage, wie Kriminelle in Gruppen ihr Geld machen, sondern auch darum, wohin das Geld fließt und wie viel Geld gewaschen wird.

Sie räumen ein, dass die Zahlen, die die Wissenschaftler in dem Bereich zu ermitteln versuchen, weit auseinandergehen. Es gibt Wissenschaftler, die bei der Geldwäsche von 100 Milliarden Euro sprechen, andere von 10 bis 20 Milliarden Euro. In jedem Fall handelt es sich um unglaubliche Summen.

Wir dürfen nicht verkennen, was dann mit diesen Geldern in der Hand von Kriminellen in unserem Land angestellt werden kann, wenn diese gewaschenen Gelder wieder in den regulären Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Kriminellen den Geldhahn zudrehen.

Wir müssen dem Geld folgen. Was Sie jetzt mit der Suche nach einer Software versuchen, nämlich follow the money, ist genau der richtige Ansatz. Wenn wir wissen, wohin die Gelder fließen, haben wir auch Anhaltspunkte, um die Kriminellen selbst zu erwischen.

Ich habe Ihnen gerade drei Schlussfolgerungen für die SPD-Fraktion vorgetragen. Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung und um eine sachliche Debatte.

Lassen Sie uns mehr Licht ins Dunkel bringen. Dafür brauchen wir einen periodischen Sicherheitsbericht.

Lassen Sie uns nicht damit zufrieden sein, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land sinkt. Stocken wir gemeinsam die Neueinstellungen auf 3.000 pro Jahr auf.

Lassen Sie uns die offenen Fragen rund um die Kriminalität und die innere Sicherheit in einem Institut für Sicherheitsforschung diskutieren.

Wenn wir das alles tun, können wir garantieren, dass sich die Menschen in unserem Land wieder sicherer fühlen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Katzidis das Wort.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Wolf, Ihre Rede macht wieder einmal sehr deutlich, wie es um Anspruch und Wirklichkeit bestellt ist und wie groß die Differenzen sind.

Sie sprechen die Aufklärungsquote an und reiten darauf herum. 2018 hatten wir mit 53,7 % die beste jemals erfasste Aufklärungsquote.

(Beifall von der CDU und der FDP)

2019 lag die Aufklärungsquote mit 53,3 % weiterhin fast auf dem gleichen Niveau wie der höchste Wert ein Jahr vorher. Keine Aufklärungsquote in Ihrer Zeit war jemals so hoch.

Die Anzahl der 2019 bekannt gewordenen Straftaten stellt den niedrigsten Wert seit 30 Jahren dar. Jetzt reiten Sie natürlich auf dem Dunkelfeld herum, weil Sie mit der Zahl nichts anfangen und darauf nicht herumreiten können.

Wir haben den Etat für den Bereich des Innenministeriums von 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 viermal in Folge auf aktuell 6,4 Milliarden Euro in diesem Jahr angehoben. Wir haben die Einstellungszahlen bei unserer Polizei seit 2017 bereits dreimal erhöht, von 2.000 zu Ihrer Zeit auf aktuell 2.660. Sie haben eben 3.000 neue Stellen angesprochen. Ich komme nachher noch mal dazu, auch was die Verantwortlichkeiten angeht.

Ihre Große Anfrage ist die pure Verschwendung von Steuergeldern und hat nur einen einzigen Zweck. Der wird hier deutlich.

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

– Doch, das ist so. Sie dient Ihrer Vergangenheitsbewältigung, und das wird an vielen Stellen sehr deutlich. Ich würde mir nur wünschen, dass Sie das

gründlicher und nicht auf Kosten der Steuerzahler machen würden.

Wir können Ihre Vergangenheit gerne mal im Detail durchgehen. Auf Seite 1 weisen Sie darauf hin, dass die Allgemeinheit auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen ist. Das teilen wir uneingeschränkt. Den hat sie im Übrigen seit 2017.

Sie sprechen weiterhin an, dass die Politik die Aufgabe hat, die Bereiche zu benennen, in denen tatsächlich Defizite bei der inneren Sicherheit bestehen, und hier konsequent durch geeignete und gezielte Maßnahmen gegenzusteuern. Das tun wir seit 2017. Sie haben bei bestimmten Bereichen alle Augen zugedrückt; an der Stelle sei nur das Stichwort „Clankriminalität“ genannt.

Weiter heißt es in Ihrer Anfrage – ich zitiere –:

„Dazu benötigen wir insbesondere eine personell und sachlich gut ausgestattete Polizei, eine entsprechend ausgestattete Justiz und auch eine Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste.“

Dass Ihnen der Begriff bekannt ist, überrascht mich doch. Genau daran arbeiten wir seit 2017, weil diese Bereiche von Ihnen sträflich vernachlässigt worden sind.

Sie wollen eine sachliche Debatte. Die würden uns auch sehr wünschen, allerdings nicht so, wie Sie es in Ihrer Großen Anfrage beschreiben.

Auf Seite 2 stellen Sie die Wirksamkeit von innenpolitischen Maßnahmen und Gesetzen in Gänze infrage und behaupten, dass Präventionsprogramme ein großer Erfolg seien; das belegen Sie allerdings nicht.

Dann schreiben Sie, dass Ihre Große Anfrage deshalb der Klarstellung dienen soll. Das tut sie bei Weitem nicht. Sie stellt nichts klar. Es wurde eben aufgezeigt: Sie hat viele Menschen in den Kreispolizeibehörden völlig unnötig beschäftigt. Der innenpolitische Mehrwert Ihrer Großen Anfrage ist gering bis null, zumindest für mich nicht erkennbar. Ich konkretisiere das anhand einiger Beispiele aus Ihrer Anfrage:

Sie stellen völlig unnötige Fragen zu Brandorten, Vermisstenfällen, Straftaten ohne Ermittlungsansatz, Ablehnungen der Ermittlungersuchen der Kriminalhauptstellen, um nur einige Dinge zu nennen. Dafür mussten sehr viele Menschen sehr viel arbeiten, ohne dass dies zu einem nachhaltigen Mehrwert geführt hätte.

Bei der Gesamtstärke und der Verteilung der Polizeikräfte, um einmal darauf einzugehen, wird es sehr deutlich. Sie werfen uns jetzt vor, dass die Anzahl der Planstellen abnimmt. Auf Seite 67 ist dargestellt, dass sich bei den Planstellen von 2000 bis 2019 fast gar nichts geändert hat, dass Sie nichts dafür getan haben, um für mehr Polizei auf der Straße zu sorgen. Auf Seite 87 der Antwort der Landesregierung wird

deutlich, wie es mit den Einstellungszahlen, die wir uns vornehmen, prognostisch aussieht. Die Anzahl der Planstellen einfach so in den Raum zu stellen, ohne dem die Pensionszahlen und die Einstellungszahlen gegenüberzustellen, ist ein wenig unseriös.

Auch die Rechnung „Anzahl der Polizeivollzugsbeamten bezogen auf die Einwohnerzahl“, die immer wieder aufgemacht wird, macht meiner Meinung nach keinen Sinn. Polizei muss doch dort vorgehalten werden, wo die Einsatz- und Belastungssituation am größten ist, wo es Kriminalitätsschwerpunkte gibt. Dabei geht es nicht um irgendwelche Berechnungen bezogen auf die Einwohnerzahlen. Die Kriminalitätsschwerpunkte liegen in den Ballungsgebieten. Sie können auch Landratsbehörden nicht mit Polizeipräsidien vergleichen.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

Wir müssen zielorientiert arbeiten und das Personal einsetzen, gerade weil die Personalressourcen begrenzt sind, und das tun wir auch.

Dann stellen Sie Fragen, die schon längst hinreichend beantwortet sind, zum Beispiel Ihre Frage 23 auf Seite 9 nach den personellen Mitteln für besondere Aufgabenschwerpunkte wie die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Dazu hat der Innenminister im April letzten Jahres umfangreich im Innenausschuss berichtet, und dazu gibt es auch einen schriftlichen Bericht.

Ich nenne Ihre Frage nach den Amtshilfeersuchen.

Sie stellen aber keine Frage zur subsidiären Aufgabenwahrnehmung, also zu den Aufgaben, die die Polizei für andere Behörden und Organisationen wahrnimmt, die viel belastender für die nordrhein-westfälische Polizei sind und unsere Polizistinnen und Polizisten von der Kriminalitätsbekämpfung abhalten.

Dann gehen Sie auf den Bereich „Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte“ ein. Das ist ein wirklich wichtiger und problembehafteter Bereich, der immer problematischer geworden ist. Aber auch hier ist wieder bezeichnend, dass Sie mit keinem einzigen Wort auf die Gewalt gegen kommunale Bedienstete und insbesondere kommunale Ordnungskräfte eingehen. Danach fragen Sie nicht. Ich finde es schon sehr bezeichnend, dass Sie diesen Bereich immer noch nicht im Fokus haben.

Die Clankriminalität erwähnen Sie. Ich bin froh, dass das mittlerweile bei Ihnen angekommen ist; das ist 2017 noch nicht der Fall gewesen.

Der Bereich des Sozialleistungsmissbrauchs und -betrugs, mit dem wir uns mittlerweile auch beschäftigen müssen, spielt bei Ihnen aber immer noch keine Rolle.

Sie fokussieren innere Sicherheit offensichtlich nur auf die Polizei, vielleicht noch auf die Justiz; dazu haben Sie auch Fragen gestellt. Aber die Feuerwehr –

abgesehen von der Gewaltfrage –, der Katastrophenschutz, der Bevölkerungsschutz werden in Ihrer Großen Anfrage nicht erwähnt. Diese Bereiche gehören nach unserem Verständnis aber zur inneren Sicherheit dazu, vor allem zur Resilienz einer Gesellschaft. Diese Bereiche muss man zumindest mitdenken und auch im Fokus haben; gerade die Pandemie macht das besonders deutlich.

Die Ordnungskräfte haben Sie nur in der Einleitung angesprochen. Danach kommt nichts mehr dazu. Die lassen Sie völlig außen vor, als würden sie bei Ihnen überhaupt nicht existieren. Das sind doch diejenigen, die gerade jetzt in der Pandemiezeit primär verantwortlich gewesen sind für die Durchsetzung der Coronaschutzmaßnahmen, der Schutzvorschriften und der Einhaltung der Coronaschutzverordnung. Die interessieren Sie überhaupt nicht. Sie stellen keine Frage zur Arbeitsbelastung, keine Frage zur personellen Ausstattung, keine Frage zur Sachausstattung, und auch bei der Gewaltfrage haben sie bei Ihnen keine Rolle gespielt.

Das zeigt sehr deutlich, dass Sie einen extrem eingegengten Fokus und wichtige Bereiche überhaupt nicht im Blick haben. Das, was Sie hier betreiben, ist Schaulaufen, aber nicht substanziell nachhaltig.

Wir dagegen haben im Bereich der inneren Sicherheit seit der Landtagswahl 2017 schon 26 Wahlversprechen eingelöst. Die personelle Situation habe ich eben angesprochen. Die Zahl der Kommissaranwärter haben wir sofort auf 2.300 erhöht, dann auf 2.500 und aktuell auf 2.660.

Und nur mal so zum Vergleich, Herr Kollege Wolf: Laut Altersstrukturbericht der nordrhein-westfälischen Polizei aus dem Jahr 2006 war im Jahre 2019 mit 1.974 Abgängen zu rechnen. Wenn man das hätte kompensieren wollen, hätte man unter Berücksichtigung einer 15%igen Abgangsquote im Studiengang der nordrhein-westfälischen Polizei im Jahre 2016 schon mindestens 2.300 Einstellungen vornehmen müssen. Sie haben gerade mal 1.920 Einstellungen vorgenommen.

Für das Jahr 2018 wurden 1.771 Abgänge prognostiziert. Wenn man das mit gleichen Rahmendaten hätte kompensieren wollen, hätte man im Jahr 2015 mindestens 2.100 Einstellungen vornehmen müssen. Sie haben im Jahr 2015 gerade mal 1.892 Einstellungen vorgenommen.

Für 2017 wurden 1.543 Abgänge prognostiziert. Um das zu kompensieren, hätten Sie im Jahre 2014 mindestens 1.900 Einstellungen vornehmen müssen. Eingestellt haben Sie 1.500, also 400 weniger, als notwendig gewesen wären.

(Zurufe von Hartmut Ganzke [SPD], Gregor Golland [CDU] und Sven Wolf [SPD])

Das ist die Wahrheit. Das ist die Realität. – So viel zu Anspruch und Wirklichkeit, Herr Kollege Wolf.

(Christian Dahm [SPD]: Warum waren denn so wenig Beamte im Dienst?)

– Ja, mir ist klar, dass Sie das nicht hören wollen.

(Christian Dahm [SPD]: Ja, aber das müssen Sie erklären!)

Wir gehen sogar noch darüber hinaus. Sie gehen jetzt auf 3.000 Polizisten. Im Übrigen haben Sie schon 2012 auf Seite 106, dritter Absatz, Ihres Koalitionsvertrags geschrieben – gucken Sie mal hinein –, dass mit 2.000 Pensionierungen zu rechnen ist und dass Sie an der Einstellungszahl von 1.400 festhalten wollen. Ich hatte nie Mathematik als Leistungskurs, aber 1.400 Einstellungen und 2.000 Pensionierungen passen irgendwie nicht zusammen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bitte bleiben Sie auf dem Boden der Tatsachen.

Wir stellen darüber hinaus 500 neue Stellen für Tarifbeschäftigte, sogenannte Polizeiverwaltungsassistenten, zur Verfügung, also insgesamt – 2021 eingerechnet – 2.000 neue Stellen.

Mit dem Haushalt 2018 haben wir 350 Stellen für Tarifbeschäftigte erhalten, die Sie gestrichen hätten. Auch da haben wir einiges getan. Und wir haben andere Schwerpunkte gesetzt; Stichwort „Abschaffung der Blitzmarathons“.

Alle anderen Bereiche haben wir ebenfalls im Fokus, auch die Justiz. Insgesamt gibt es 1.635 neue Stellen bei der Justiz: 195 neue Planstellen für Richter in den Jahren 2018 und 2019, 121 neue Planstellen für Staatsanwälte in den Jahren 2018 und 2019. Auch bei den Justizwachtmeistern und dem Justizvollzugsdienst haben wir einiges getan. Das können Sie im Arbeitsbericht der Landesregierung nachlesen.

Wir haben auch etwas beim Institut der Feuerwehr getan und da personell aufgestockt. Wir haben also die gesamte Bandbreite der inneren Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen im Fokus.

Die kommunalen Ordnungsdienste, die bei Ihnen auch heute noch keine Rolle spielen, gehören für uns elementar dazu. Dazu haben wir hier im letzten Jahr einen Antrag eingebracht, der erfreulicherweise beschlossen wurde – im Übrigen gegen Ihre Stimmen.

Wenn wir das aktuelle Gesetzgebungsverfahren zum Ordnungsbehördengesetz beendet haben, werden die Kommunen ihre uniformierten Ordnungskräfte gerade mit Blick auf die Gewaltsteigerung endlich mit Bodycams und Kameras in Einsatzfahrzeugen ausstatten und besser schützen können.

Ihre Große Anfrage zeigt noch einmal sehr deutlich den Unterschied zwischen SPD und CDU. Sie sagen zwar, dass Sie eine sachliche Debatte wollen, betreiben aber Populismus und Schaulaufen. Wir handeln.

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD])

Sie betreiben Vergangenheitsbewältigung, wir machen Nordrhein-Westfalen sicherer. Noch deutlicher können die Unterschiede zwischen der SPD und der CDU nicht sein.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Gregor Golland [CDU]: Sie haben deswegen auch die Wahl verloren!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Katzidis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal ein Dankeschön an die Landesregierung, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums für die Erarbeitung der Antwort auf diese Große Anfrage. Darin steckt sehr, sehr viel Arbeit.

Die erarbeiteten Zahlen stellen in beeindruckender Weise dar, dass es in kurzer Zeit gelungen ist, die innere Sicherheit vom Abstellgleis auf die Strecke zu setzen und wieder ordentlich Fahrt aufzunehmen.

Ich würde sagen, wir sind noch lange nicht fertig. Es ist auch noch nicht alles perfekt. Das sage ich gar nicht. Aber was man wirklich feststellen kann, ist: Seit 2017 hat sich etwas verändert. Das kann man den Zahlen sehr genau entnehmen. Fakt ist: Nordrhein-Westfalen ist in den letzten dreieinhalb Jahren deutlich sicherer geworden, und das kommt nicht von ungefähr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Kollege Wolf, das sind tolle Vorschläge, die ich von Ihnen höre. Ich frage mich nur wirklich, warum Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht mit der gleichen Leidenschaft vorgetragen haben. Warum kam das nicht?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie das alles in Ihrer Regierungszeit schon umgesetzt hätten. Haben Sie aber nicht! Leider war die Ausgangslage, die wir von Rot-Grün übernommen haben, doch ein ziemlicher Reparaturbetrieb. Nie war die Kriminalität, nie war die Verunsicherung in der Bevölkerung größer als damals unter Rot-Grün.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Lassen Sie das doch mal hinter sich! Sie regieren seit drei Jahren!)

Man sieht das wirklich an den Zahlen. Das ist ja der schöne Effekt dieser Großen Anfrage, die Sie gestellt haben. Man muss sich die Zahlen einmal anschauen. Aber ich will fair sein und mir nur das letzte Jahr unter Ihrer alleinigen Verantwortung, 2016, anschauen.

Man kann verschiedene Deliktsformen nehmen. Schauen wir mal auf die Einbruchskriminalität. Ihre traurigen Rekorde sind doch damals fast wie ein Kirmeskarussell in die Höhe geschneilt. 2016 gab es noch 52.000 Fälle von Einbruchskriminalität. Jetzt, drei Jahre später, haben unsere Polizeibeamtinnen und -beamten im Land, hat diese Landesregierung die Fälle auf 26.000 und damit auf den niedrigsten Wert in der Geschichte halbiert.

(Christian Dahm [SPD]: Das glaubst du doch jetzt nicht wirklich! Das ist doch an Peinlichkeit nicht zu überbieten!)

Taschendiebstahl: minus 30 % seit 2016 – niedriger denn je.

Nachdem jahrelang keine nennenswerten Erfolge auf dem wichtigen Feld der Gewaltkriminalität erzielt worden sind, ist es mittlerweile gelungen, zum Beispiel die Raubdelikte seit 2016 um fast 25 % zu senken. Auch dies ist wieder der niedrigste Wert des gesamten Vergleichszeitraums.

So zieht sich das durch. Ich könnte viele, viele Beispiele nennen.

Einen Kampf gegen Clankriminalität hat es unter Rot-Grün nicht wirklich gegeben.

Beim Kampf gegen Kindesmissbrauch ist ohne Frage noch unglaublich viel zu tun. Aber Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile Vorreiter beim Personaleinsatz, Vorreiter bei der Technik, die wir einsetzen, um dem Kindesmissbrauch einen Riegel vorzuschieben.

Beim Kampf gegen Extremismus gibt es inzwischen ganz andere Vorgehensweisen.

Meine Damen und Herren, ich will sagen: Das zeigt Wirkung. Nie hat es so wenige Straftaten in Nordrhein-Westfalen gegeben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mir ist auch völlig klar: Jede Straftat ist eine zu viel. Aber das ist doch ein riesiger Erfolg für die innere Sicherheit, für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Ihre Rede heute Morgen war sachlich, Herr Kollege Wolf. Anderes will ich nicht unterstellen.

(Zuruf von der SPD: Im Gegensatz zu Ihrer!)

Aber ich habe auch andere Medienaussagen von Ihnen wahrgenommen. Ich habe mir sehr genau Ihre Interviews beim WDR angehört, und die waren eben nicht sachlich. Deswegen will ich Ihnen deutlich

sagen: Wenn Sie diese Erfolge in der inneren Sicherheit schlechtreden, dann ärgert mich das.

Es kann am Ende auch egal sein, ob mich das ärgert. Aber es geht nicht, dass Sie unsere Polizeibeamtinnen und -beamten, die wirklich täglich hart für die innere Sicherheit arbeiten, schlechtreden.

(Zuruf von der SPD: Denen hat er gedankt!)

Das geht eben nicht. Wir sagen vielmehr Danke für die gute und engagierte Arbeit, die in den Wachen und in den Kommissariaten in Nordrhein-Westfalen geleistet wird. Herzlichen Dank an unsere Polizeibeamten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Präventionsarbeit, die Nulltoleranzstrategie, die Stärkung der operativen Leistungsfähigkeit der Polizei durch die NRW-Koalition wirken. Ich kann verstehen, dass der Opposition der Erfolg missfällt. Das verstehe ich. Aber die Bewertung und die Schlussfolgerungen, die Sie daraus ziehen, haben an verschiedenen Stellen nicht mehr ganz so viel mit der Wahrheit zu tun.

So haben Sie beispielsweise, Herr Kollege Wolf, medial lautstark bemängelt, dass die Zahl der NRW-Polizisten im Jahr 2019 auf 40.900 gesunken sei und daher die Polizei offenbar nicht mehr in der Lage sei, dem Auftrag der Kriminalitätsbekämpfung in vollem Umfang gerecht zu werden, was man an der mangelhaften Aufklärungsquote erkennen könne. Das haben Sie hier in ähnlicher Form auch wieder vorgetragen. Ganz ehrlich, Herr Kollege Wolf: Diese Argumentation ist selbst für Ihre Maßstäbe unterirdisch.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Das ist unterirdisch.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Die unangenehme Wahrheit ist doch – und Herr Kollege Katzidis hat das gerade schon sehr treffend dargestellt –: Rot-Grün ist im Jahr 2015 noch davon ausgegangen – das kann man alles nachlesen –, dass im Jahr 2025 nur noch 37.500 Polizisten in Nordrhein-Westfalen Dienst versehen werden – 37.500!

Erst durch die beispiellose Personaloffensive dieser schwarz-gelben Landesregierung konnte es gelingen, den politischen Offenbarungseid zu überwinden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bereits vier Jahre nach Übernahme der Regierungsgeschäfte kann im Jahre 2025 wieder mit 41.665 Beamten kalkuliert werden. Damit das nicht untergeht: Das sind 4.165 Beamte mehr, als es Ihre Planungen vorgesehen haben – 4.165 mehr! Deswegen würde ich mir einfach wünschen, dass Sie an der Stelle ein

Stück weit kleinlauter werden. Auch wir können uns leider keine Polizeibeamten backen, so gerne ich das machen würde, und ich weiß, dass der Innenminister das auch sehr gerne machen würde.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Aber wir haben wirklich alle Kraft dafür eingesetzt, den demografischen Effekten entgegenzuwirken. Die Große Anfrage zeigt – jetzt sind wir wieder dabei –, dass das mit Erfolg geschehen ist.

(Beifall von der FDP)

Gänzlich nicht erwähnt haben sie, dass wir jedes Jahr auch noch 500 Tarifbeschäftigte, Regierungsbeschäftigte einstellen. Das geschieht nicht zum Spaß, sondern damit sie die Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben entlasten. Auch das schlägt sich natürlich nieder. Dass Sie das so gar nicht erwähnen, finde ich schon fast ein Stück weit respektlos.

Die Wahrheit ist doch: In Nordrhein-Westfalen sorgen inzwischen 56.000 Menschen für die Gewährleistung der inneren Sicherheit – so viele wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Diese Zahlen sollte man nicht verdrehen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

So richtig schräg – darum kommen Sie nicht herum, das muss ich noch mal sagen – wird der Verweis, Herr Kollege Wolf, auf die zu geringe Aufklärungsquote der Polizei in Nordrhein-Westfalen nach dem Motto: Was für ein Skandal! Schaut mal her, die Aufklärungsquote in Nordrhein-Westfalen ist schlechter als in anderen Flächenländern. Sie hinkt hinterher, nur die Stadtstaaten sind schlechter.

Ich muss Ihnen leider sagen: Das sind Fake News. Die Antwort auf die Anfrage zeigt doch, dass die Aufklärungsquote der letzten beiden Jahre den besten Wert der vergangenen 20 Jahre darstellt. Man kann den Vergleich machen. Wie war denn die Quote unter Ihrer Zeit, unter Rot-Grün?

Das ist unverfroren gegenüber denjenigen, die Tag für Tag in den Kommissariaten dafür kämpfen, dass die Aufklärungsquote diesen Stand in Nordrhein-Westfalen erreicht. Wir können gerne darüber streiten, ob sie wirklich einen Aussagewert im Vergleich zu den anderen Bundesländern hat, aber das an der Aufklärungsquote festzumachen, finde ich wirklich unverfroren.

Deswegen zum Schluss: Wir können ja mal den Härtestest machen, Herr Kollege Wolf. Das würde mich wirklich freuen. Wir machen mal den Härtestest. Das geht ganz einfach: Sie nennen mir eine x-beliebige Polizeibehörde des Landes Nordrhein-Westfalen. Es ist mir ganz egal, welche. Dann gehen wir da gemeinsam hin und fragen die Beamten vor Ort, ob sich seit dem Regierungswechsel 2017 irgendetwas

verändert hat, ob man das merkt, ob Sie durch Schwarz-Gelb mehr Unterstützung, mehr Wertschätzung erfahren als unter Rot-Grün, wie sie in den Wachen das beurteilen.

Ich glaube, Sie können hier noch so viele verzerrende Lügenmärchen erzählen und verbreiten, die Realität wird Ihnen da eine lange Nase zeigen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Fakt ist: Noch nie hat eine Landesregierung so viel für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen getan. Ich kann Ihnen versprechen, wir sind noch lange nicht fertig, wir arbeiten weiter daran. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lürbke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Abgeordnete Schäffer das Wort.

(Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Gregor Golland [CDU])

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Golland, Sie haben eine Wahl gewonnen, gerade in der Innenpolitik, weil Sie unglaublich viel Stimmung gemacht haben, weil Sie Populismus verbreitet haben, weil Sie nicht an sachlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen interessiert waren. Damit haben Sie die Wahl gewonnen. Ob das für die innere Sicherheit und unsere Debattenkultur in diesem Land gut war, das bezweifle ich, ehrlich gesagt.

Herr Lürbke ist offenbar schon im Wahlkampfmodus, vielleicht auch im internen Wahlkampfmodus. Keine Ahnung, was bei Ihnen gerade abgeht. Ich finde es wirklich unredlich und unsachlich, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es unglaublich, dass Sie sagen: Alles, was wir machen, ist super gut und toll; Rot-Grün hat ja überhaupt nichts hinbekommen. – Ganz ehrlich, Herr Lürbke, vier Jahre nach dem Regierungswechsel kann ich es nicht mehr hören.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] – Christian Dahm [SPD]: Selbstherrlich!)

Kommen Sie doch mal zurück zu einer sachlichen Fachpolitik, zu einer Sachebene. Dann kommen wir vielleicht weiter. Ich wollte mich bei diesem Tagesordnungspunkt eigentlich gar nicht aufregen, aber ich kann es einfach nicht mehr hören.

Zu Beginn der Rede möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums für die Arbeit danken, die sie sich bei der Beantwortung der Großen Anfrage gemacht haben. Sie haben auf rund 400 Seiten unglaublich viele Daten zusammengetragen. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Christian Dahm [SPD]: So macht man das!)

Ich danke aber auch der SPD-Fraktion für den Versuch, eine Art Bestandsaufnahme zum Thema „Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen“ hinzubekommen. Die SPD hat sehr viele Bereiche abgefragt, die die Polizei als Organisation selbst betreffen, aber auch die Kriminalitätsbekämpfung.

Aus der Antwort der Landesregierung wird deutlich, wie groß das Aufgabenspektrum der Polizei in Nordrhein-Westfalen ist, wie viele Bereiche von Beschäftigten es in den einzelnen Dezernaten, in den Referaten, auf den jeweiligen Leitungsebenen der Dienststellen, in den Landesoberbehörden, im Innenministerium gibt. Es wird deutlich, was alles zum Thema „innere Sicherheit“, zum Thema „Polizei“ dazugehört.

Ich will heute gar nicht auf die vielen verschiedenen Aspekte eingehen, sondern vor allen Dingen auf eines hinweisen: Die Antwort der Landesregierung zum Thema „Kriminalitätsentwicklung“ macht sehr deutlich, dass wir einen periodischen Sicherheitsbericht brauchen, der sich nicht nur aus der Datenquelle der Polizeilichen Kriminalstatistik speist.

Wir haben schon häufig darüber diskutiert, und wir hatten dazu auch eine sehr gute Anhörung. Ist der Antrag schon abgelehnt worden? – Ich glaube, nicht. Ich meine, er ist noch im Verfahren und wird in einer der nächsten Innenausschusssitzungen aufgerufen. Dann gäbe es seitens CDU und FDP noch die Chance, dem zuzustimmen.

Das wäre sehr wichtig und notwendig. Denn die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik sind allein, ohne wissenschaftlich fundierte Einordnung, wenig brauchbar. Die PKS, die Polizeiliche Kriminalstatistik, ist – das ist hinlänglich bekannt – eine Eingangsstatistik. Das heißt, dort werden nur ermittelte Tatverdächtige aufgeführt, aber die Statistik sagt rein gar nichts darüber aus, ob eine Tat am Ende auch nachgewiesen wird, ob es zu einem Urteil kommt. Insofern hilft es leider auch nicht, nur die abgefragten Zahlen zu den Verurteilten in den verschiedenen Jahren danebenzulegen, weil Sie ja gar nicht wissen, ob sich die Taten und die Fälle aufeinander beziehen.

Ich habe mich gerade beim Innenministerium für die Beantwortung der Anfrage auf über 300 Seiten bedankt. Insofern tut es mir ein bisschen leid für die viele Arbeit, die Sie sich damit gemacht haben. Aber, wie gesagt, eigentlich brauchen wir andere Instrumente, um die Kriminalitätsentwicklung zu betrachten und zu beurteilen.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Das hat auch die Anhörung in Innenausschuss sehr deutlich gemacht. Wir brauchen einerseits eine Verlaufsstatistik aus PKS und aus den Justizstatistiken, um überhaupt beurteilen zu können, wie effektiv die Kriminalitätsbekämpfung ist. Wir brauchen andererseits auch mehr Dunkelfeldstudien. Wir Grüne haben immer wieder Dunkelfeldstudien für die einzelnen Kriminalitätsfelder gefordert.

Herr Reul, es wurde gerade von einer Kollegin darauf hingewiesen, dass der Beginn dieser Legislaturperiode schon fast vier Jahre her ist. Ganz zu Beginn dieser Legislaturperiode saß ich noch im Rechtsausschuss, und wir hatten damals nachgefragt, wann denn die Verlaufsstatistiken kommen würden, das Aufeinanderabstimmen von PKS und Justizstatistiken. Damals wurde uns aus dem Justizministerium gesagt, dass man das Projekt von Rot-Grün, eine Verlaufsstatistik einzuführen, fortführen möchte und angeblich das Innenministerium dabei federführend sei. Entweder ist seitdem nicht nichts passiert – das fände ich sehr bedauerlich –, oder es ist etwas passiert, aber bisher nicht präsentiert worden. Das wäre auch sehr schade.

Ich will noch mal dafür werben, dass wir da weiterkommen und vorangehen. Es ist immerhin gut, dass es jetzt schon eine erste Dunkelfeldstudie zum Thema „Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen“ gegeben hat, vorgestellt von Herrn Reul und Frau Scharrenbach. Aber wir müssen über solche punktuellen Studien hinausgehen. Wir brauchen regelmäßige Dunkelfeldstudien, um abschätzen zu können, wie es um die Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen bestellt ist.

Das wäre für uns Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker sehr wichtig, um bemessen zu können: Welche Instrumente brauchen wir? Wie viele Haushaltsmittel müssen wir bereitstellen? Denn es geht hier um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein herausgehobenes Feld, für das wir einfach mehr brauchen, auch mehr Hintergrundwissen.

Ich will sehr dafür werben, dass wir unsere Sicherheitspolitik, unsere Innenpolitik auf ein verlässlicheres Fundament stellen als die reine Polizeiliche Kriminalstatistik oder das objektive Sicherheitsgefühl von Herrn Lürbke. Wir brauchen da einfach mehr. Dafür möchte ich gern werben. Lassen Sie uns das bitte gemeinsam angehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Abgeordnete Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Armin Laschet und die innere Sicherheit“ ist das Thema. Tut der Landesvater alles, um die Bürger vor Kriminalität zu schützen?

Er könnte bei der Personalstärke unserer Polizei beginnen und dort den dringend notwendigen Schwerpunkt setzen, und zwar massiv, nicht nur ein bisschen. Denn – das muss hier auch mal erwähnt werden – jahrelang haben CDU, SPD, Grüne und FDP, also alle vier Parteien, die Polizei kleingespart. Nordrhein-Westfalen liegt hinten, wenn es um die Polizisten pro Einwohner geht, mit direkten Auswirkungen auf unsere Sicherheit. Was macht die Landesregierung? – Ein bisschen. Das ist das Problem: ein bisschen.

Als einzige Fraktion im Haus ist die AfD mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Um die 18 Millionen Menschen angemessen vor Kriminalität zu schützen, benötigt NRW 60.000 Polizisten als Zielvorgabe und nicht nur, wie die Landesregierung meint, 42.000.

Eben habe ich meinem Kollegen Wolf von der SPD gelauscht. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, fordert die SPD die Einstellung von 3.000 Polizeianwärtern im Jahr. Das finde ich gut. Die Frage ist nur: Wie ernst meinen Sie das eigentlich? Wie ernst meint die SPD diese Forderung? – Sie hätten die Ernsthaftigkeit Ihrer Forderung unter Beweis stellen können, indem Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen unserem Änderungsantrag zugestimmt hätten, der nämlich genau das gefordert hat, die Neueinstellung von 3.000 Kommissaranwärtern. Sie haben aber abgelehnt. So weit ist es her mit der Ernsthaftigkeit der Forderung, die Sie eben aufgestellt haben.

(Beifall von der AfD)

Zum Schützen gehört natürlich – präventiv – das Vermeiden von Straftaten. Was machen aber Armin Laschet und die Landesregierung, um die Bürger vor Straftaten zu schützen, die sich durch eine kluge Politik ganz einfach vermeiden ließen, wenn man den Willen dazu hätte? Sehen wir uns das einmal an.

Es fällt sofort auf: 68.000 Straftaten – 67.966, um genau zu sein – hätten in den letzten Jahren ganz einfach vermieden werden können, wenn die etablierte Politik ausreisepflichtige Ausländer endlich konsequent abschieben würde, wenn sie also Recht und Gesetz auch in diesem Falle durchsetzen würde. Rechnet man noch ausländerrechtliche Verstöße wie unerlaubte Einreisen, Einschleusungen oder das Erschleichen von Aufenthaltstiteln dazu, sind es sogar über 185.000 Straftaten. Das, meine Damen und Herren, sind die offiziellen Zahlen, die die Landesregierung auf unsere Nachfrage hin nun einräumen musste.

Es wird noch schlimmer: Aktuell hat die Politik von Armin Laschet für Nordrhein-Westfalen die bisherige

Rekordzahl an ausreisepflichtigen Ausländern auszuweisen. Konsequenzen werden aber nicht gezogen. Armin Laschet, die CDU und die FDP – nicht Claudia Roth, Saskia Esken oder, Gott bewahre, Anton Hofreiter regieren hier; da wäre man weniger überrascht – sind verantwortlich. Sie sind in einem solchen Ausmaß nach links weggerutscht, dass jeder, der auch heute noch eine Politik nach bürgerlichen Standards, nach Recht und Gesetz und mit gesundem Menschenverstand einfordert, aussieht, als sei er rechts außen.

Sie können einmal den Versuch machen, sich neben einen Freund zu stellen und dann ein paar Riesenschritte nach links zu gehen. Sie werden feststellen, dass Ihr Freund, der vorher noch direkt neben Ihnen stand, plötzlich weit rechts von Ihnen ist, obwohl er einfach nur dort steht, wo Sie gerade vorher auch noch waren.

Das hat auch noch andere Folgen. Ich weiß gar nicht, warum Ihnen das nicht auffällt oder nicht auffallen will. Denn neben dem unnötigen Leid der unnötigen Opfer, die durch den Schutz unserer Grenzen und durch ein konsequentes Abschieben zu vermeiden wären, gibt es einen weiteren Negativeffekt. Der Ruf der hier assimilierten lebenden Menschen ausländischer Herkunft wird dadurch doch unnötig und zu Unrecht angegriffen. Durch den überproportionalen Anteil von Migranten an der Kriminalität kommt es zu ungerechten Verallgemeinerungen und zu Ängsten.

Immer wieder höre ich deshalb von ausländischstämmigen Freunden und Kollegen: Warum lasst ihr so viele von den Falschen so schnell ins Land? Warum werft ihr die, die sich massiv danebenbenehmen, nicht endlich raus? Das ist nicht nur verrückt, sondern schadet doch auch unserem Ruf.

Mir bleibt da immer nichts weiter, als zu sagen: Ja, ihr habt recht. Mittlerweile sind wir aber die einzige Partei, die euch da eine Stimme gibt.

(Beifall von der AfD)

Es ist daher kein Wunder, dass die AfD gerade bei gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft so viele Anhänger hat. Diese Menschen gehören zu uns. Auch sie haben eine anständige Sicherheits- und Migrationspolitik verdient. Und dafür stehen wir.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, die Polizeistärke in Richtung bayerischer Verhältnisse zu verbessern, geht mit Armin Laschet nicht. Ausreisepflichtige konsequent abschieben macht er auch nicht. Die Grenzen intelligent schützen will er ausdrücklich nicht. Unseren Antrag, die Polizisten gerechter zu bezahlen, hat er abgelehnt. Die Nennung der Tatverdächtigen transparent zu gestalten, wurde angekündigt und bislang versiebt.

Stattdessen wird momentan der Ruf der Polizisten beschädigt. Sie müssen jetzt Kindergeburtstage stürmen statt Clanzusammenkünfte und sollen Jogger im Wald verhaften statt halbstarke kriminelle „junge Männer“ in unseren Innenstädten. Hören Sie auf, den Ruf unserer Polizisten im Volk weiter so zu beschädigen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

„Armin Laschet und innere Sicherheit“ war das Thema. Meine Damen und Herren, es war kein schönes Thema. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD – Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Am 31. Dezember 2019 verzeichneten wir in Nordrhein-Westfalen die niedrigste Kriminalitätsrate seit 30 Jahren.

(Beifall von der CDU – Beifall von Marc Lürbke [FDP])

4,3 % weniger und im Jahr 2019 die zweitbeste jemals in Nordrhein-Westfalen gemessene Aufklärungsrate! So schlecht sieht es mit der Sicherheitslage also nicht aus.

Wir ernten langsam den Erfolg der Bemühungen, der Anstrengungen, der Beschlüsse und der Investitionen. Das können Sie alles nachlesen. Insofern war die Große Anfrage eigentlich ein Geschenk, weil man das einmal schön darstellen konnte.

Ich will aber auch sagen: Wir sind noch lange nicht am Ende der Fahnenstange. Das werden Sie von uns nicht hören. Wir sind noch lange nicht fertig. Wir sind zwar ein Riesenstück weitergekommen. Aber es gibt noch Luft nach oben.

Herr Wolf hat gesagt, wir könnten noch ein Stückchen besser werden. Diesen Satz finde ich richtig. Erstens kann man immer besser werden, und zweitens gibt er zu, dass wir besser geworden sind. Beides ist richtig.

(Heiterkeit und Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Wir sind weiter. Aber es gibt keinen Grund, euphorisch zu sein. Der Weg und die Richtung sind richtig. Das zeigen die Zahlen.

Ich will einige Sätze zu der Beantwortung sagen. 211 Einzelfragen sind eine irre Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie alle das hier noch einmal benannt haben. Ich möchte mich herzlich bedanken. Denn das war

zum Teil händische Arbeit, weil sie 20 Jahre zurückgucken mussten. Da kann man immer abwägen, ob das klug oder nicht klug ist. Jedenfalls war der Aufwand Wahnsinn. Es wurden andere Häuser und andere Bundesländer einbezogen. Danke für diese Arbeit!

Die letzten drei Jahren waren von Investitionen in Personal, in Sachaufwand und in Gesetze geprägt. Wir haben personell aufgestockt, und wir haben modernisiert. Bundesweit sind wir führend, was die flächendeckende Ausstattung mit Smartphones angeht. Diese Bemühungen sind sichtbar und objektiv messbar. Herr Lürbke hat in der Tat recht. Auch bei Polizisten – fragen Sie sie einmal – dürfte die Bewertung relativ eindeutig sein.

Ich will aber nicht zulassen, dass Fehlinterpretationen stattfinden und sich falsche Eindrücke festsetzen. Deswegen möchte ich auf zwei Aspekte eingehen, die in den letzten Tagen und auch heute wieder benannt worden sind.

Es wurde berichtet, dass die Zahl der Polizisten in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr erstmals unter 40.000 sinken würde. Das steht in der Antwort auf die Kleine Anfrage; da haben Sie recht. Das ist die Prognose. Ich darf Ihnen aber mitteilen, dass die realen Zahlen zum 1. Februar bei über 40.000 liegen. Das entwickelt sich munter weiter, weil wir einstellen und weil das weitergeht; das ist ja klar. Diesen kleinen Erfolg werden Sie also nicht feiern können. Im Übrigen sind bei uns auch noch rund 7.000 Studierende unterwegs. Bis zum Jahr 2025 werden wir, wenn alles gut geht, auf 41.400 kommen. Das sind die Vollzugsbeamten. Dazu kommen dann noch die 500 pro fünf Jahre.

Wenn man sich erinnert, dass Ihr Plan einmal war, 37.500 zu erreichen – ein Kollege hat das soeben gesagt –, dann könnte man wenigstens auch zugeben, dass sich da ganz schön etwas verändert hat. Ob immer genug? Ich kann mir auch noch Schöneres und Besseres vorstellen. Man muss es allerdings auch hinbekommen, und zwar nicht nur finanziell. Ich erinnere mich auch an die vielen Hinweise, wie schwer es sein würde, 2.660 überhaupt auszubilden. Es ist übrigens auch eine Mammutaufgabe, sie alle in die Einrichtungen einzubringen.

Außerdem heißt es, wir hätten die niedrigste Aufklärungsquote aller Flächenländer. Man kann lange darüber diskutieren, ob der Vergleich sinnvoll und zulässig ist. Früher, bevor ich Minister wurde, wurde hier immer erklärt, dass wir mit anderen Flächenländern gar nicht vergleichbar seien, weil wir so viele Großstädte hätten. Dieses Argument stimmt übrigens. Was die Kriminalitätsauslastung angeht, haben das Rheinland und das Ruhrgebiet als Metropolregion eine ganz andere Struktur

(Lachen von Michael Hübner [SPD])

als eine rein ländliche Struktur, wie es sie in Bayern gibt. Das muss man wenigstens berücksichtigen – nicht mehr und nicht weniger.

Bedeutsam ist aber: Wir haben in unserem Land die beste Aufklärungsquote seit drei Jahrzehnten. – Dass wir da Fortschritte haben, interessiert mich. Aber auch da – damit das nicht vergessen wird – sind wir nicht gut genug. Da müssen wir noch besser werden und noch mehr unser ambitioniertes Ziel verfolgen. Wir haben auch einige Initiativen auf den Weg gebracht. Die Zahlen zeigen, dass wir vorangekommen sind.

Deshalb will ich noch einige andere Erkenntnisse ansprechen, zum Beispiel zum Thema „Wohnungseinbruch“. Das war ja ein kriminalpolitischer Schwerpunkt der letzten Jahre. 2018 gab es einen deutlichen Rückgang. 2019 sind die Fallzahlen noch weiter gesunken, nämlich noch einmal um 10,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Das differenzierte Gesamtkonzept – dieser Mix aus intensiven Kontrollen und Erhöhung des Verfolgungsdrucks, verknüpft mit mehr Vorbeugung und Beratung – macht sich bezahlt.

Ähnlich positiv ist die Entwicklung im Bereich der Diebstähle. Wir reden hier von rund 40 % Anteil an der Gesamtkriminalität. Das heißt, dass wir bei diesem großen Brocken der Gesamtkriminalität richtig vorangekommen sind. In 2019 wurden 56.527 Fälle weniger registriert als im Jahr davor. Das heißt übrigens auch: 56.000 Opfer weniger.

Bei der Betäubungsmittelkriminalität geht es uns vorrangig darum – man kann ja nicht alles gleichzeitig machen –, die Verhinderung der Herstellung synthetischer Drogen in den Griff zu bekommen. Das sind psychoaktive Substanzen, die ohne einen natürlichen Ausgangsstoff im Labor hergestellt werden, also Ecstasy und Amphetamine. „Illegale Labore in Grenznähe zu den Niederlanden“ sind die Stichworte. Wir planen aktuell ein mit EU-Mitteln gefördertes interdisziplinäres Projekt, welches es Polizeibeamtinnen und -beamten leichter machen soll, diese Labore zu identifizieren und auszuheben.

Wir wollen da auch grenzüberschreitend tätig werden – dazu habe ich schon gestern etwas gesagt –, gerade in Richtung Niederlande. Der Versand von Drogen ist eine sichtbare Folge des florierenden Onlinehandels von Rauschgift in Internet und Darknet. Das zu bekämpfen, ist ein neuer Schwerpunkt bei uns. Diesen Schwerpunkt gab es vorher gar nicht.

Es gibt auch Kriminalität, die vorher gar nicht im Spiel war, um die wir uns aber auch kümmern müssen. Das tun wir auch. Da wird in digitaler Währung bezahlt, also mit Bitcoins oder anderen Kryptowährungen. Es ist gar nicht so einfach, das dann aufzubauen und aufzuklären.

Seit Jahren arbeitet das Landeskriminalamt mit den Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen intensiv zusammen, um diese Kriminalität aufzuhellen. Es gibt darüber hinaus einen intensiven bundesweiten und internationalen Informationsaustausch. Mittlerweile gehen IT-Spezialisten des LKA in Internet und Darknet digital auf Streife, um Straftaten aufzudecken und neue Phänomene offenzulegen.

Sie decken da aber nicht nur Betäubungsmittelkriminalität auf, sondern auch Kinderpornografie und politisch motivierte Kriminalität. Es wird ja wohl keiner bestreiten, dass wir in diesen beiden Bereichen in den letzten Jahren richtig Gas gegeben haben und Erfolge haben.

Daraus ergeben sich ganz neue Herausforderungen, weil wir uns darum bemüht haben und nicht mehr weggeguckt haben. Dann bekommen Sie ganz neue Zahlen. Dann steigen auch die Daten. Ich muss manchmal lächeln, wenn ich lese, dass Nordrhein-Westfalen bei Kindesmissbrauch und Kinderpornografie die meisten Fälle hat. Das kann man fürchterlich finden. Ich kann nur sagen: Super! Es ist gut, dass wir so gut sind.

Für das, was sie da leisten, kann ich nur jedem Polizisten einzeln die Hand schütteln. Da werden wir nicht nachlassen, das wird auch in Zukunft Geld und Kraft kosten. Sicherheit zum Nulltarif gibt es nicht.

Damit die Sicherheitsbehörden ihre Arbeit so gut wie möglich erledigen können, müssen wir sie personell und materiell bestmöglich ausstatten. Wir haben deswegen zum Beispiel den Sachhaushalt der Polizei seit dem Regierungswechsel um rund 100 Millionen Euro erhöht. Bei der IT-Ausstattung, aber auch im Bereich „Sicherheit von Polizeibeamtinnen und -beamten“ ist wahnsinnig viel passiert.

Wir wollen auch die Polizisten auf der Straße sehen. Deswegen ist der Plan – nicht nur der Plan, sondern auch das Konzept und die Realisierung – das Aufstocken der Polizeibeamten auf 41.465 im Jahre 2025. Um unsere Polizei von administrativer Tätigkeit zu entlasten, gibt es insgesamt – das vergisst man immer, wenn man über 500 in dieser Periode redet – 2.500 Leute zusätzlich als Spezialisten, als Regierungsbeschäftigte. 1.500 sind schon da. Sie sind nicht mehr Theorie, sondern angekommen. Das reicht aber immer noch nicht – da bin ich ganz sicher –, um eine handlungsfähige Polizei zu haben und sicherzustellen, dass der Rechtsstaat überall funktioniert.

Mit strategischer Fahndung, Videobeobachtung, Quellen-Telekommunikation, Aufenthaltsvorgaben, elektronischer Fußfessel und längerfristiger Ingewahrsamnahme haben wir der Polizei Werkzeuge an die Hand gegeben. An dieser Stelle bedanke ich mich übrigens ausdrücklich dafür, dass wir dafür eine breite Mehrheit im Parlament hatten. Das dient der Sache total. Das war richtig und vor allen Dingen wichtig.

Es ist übrigens auch wichtig, auf Bereiche zu schauen, die man lange Zeit gar nicht angeschaut hat und in denen es klare Versäumnisse gab, weil man sie überhaupt nicht auf dem Schirm hatte. Das gilt insbesondere für sexualisierte Gewalt gegen Kinder. Schon bevor der Fall „Lügde“ kam, haben wir angefangen, uns darum zu kümmern, und 2018 mit technischer, struktureller und personeller Veränderung im Bereich der Bekämpfung dieser Delikte begonnen.

Inzwischen findet die Bearbeitung dieser Straftaten in 16 besonders leistungsfähigen Kriminalhauptstellen statt. Davon hätte man vor ein paar Jahren geträumt. Das sind die Stellen, in denen auch Tötungsdelikte behandelt werden. Seit Mai 2020 gibt es ein eigenes Referat 426, damit dieses Thema dauerhaft im Blick bleibt. Das ist eben keine Eintagsfliege, sondern kontinuierliche Arbeit.

Im Rahmen der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime – des Justizministeriums übrigens; das ist zwar nicht meine Aufgabe, sondern die des Kollegen; ich darf das aber einmal mit nennen – ist eine Taskforce zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Verbreitung von Kinderpornografie in den digitalen Medien landesweit zuständig. Die Zusammenarbeit funktioniert bestens.

Wir haben die Bearbeitung dieser Verbrechen von Grund auf reformiert. Weil wir mehr hinsehen, gibt es auch mehr Fälle. Im Jahr 2019 waren es 2.805 Fälle im Bereich von Kindesmissbrauch. Das sind 15,8 % mehr als im Jahr davor. Wir haben einen Anstieg um 2.359 Fälle zu verzeichnen. Und das ist gut so. Denn steigende Fallzahlen heißen: Mehr Täter werden entdeckt, und mehr Opfern kann geholfen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Clankriminalität. Auch da lassen wir nicht nach. Auch das ist keine Eintagsfliege. Da muss man dranbleiben. Da geht es um Strukturen, die jahrzehntelang ignoriert wurden. Dieses Konzept fußt auf konsequentem und fortlaufendem Einsatz, übrigens mit anderen Behörden zusammen. Dabei geht es um die Entwicklung von Präventionsmöglichkeiten und die intensive Bekämpfung von Finanzierungsquellen von Organisierter Kriminalität.

Die gemeinsame Taskforce von Finanzministerium, Justizministerium und Innenministerium war übrigens auch eine neue Idee, und zwar eine ganz banale Idee. Wenn man Kräfte mit unterschiedlichen Qualitäten und Sichtweisen zusammenholt, kommt man voran. Wir haben auch schon eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Das ist der Ihnen allen bekannte Ansatz „Follow the Money“.

Dazu gehört übrigens auch die konsequente Durchführung von Ermittlungsverfahren. Da geht es nicht um Alltagskriminalität, sondern um Schwerst- und Organisierte Kriminalität. Darüber haben wir ja schon oft geredet.

Wir haben uns in den Jahren intensiv in diesem Bereich engagiert. Aber man muss nun einmal damit rechnen, dass es ein dauerhaftes Projekt ist, das man nicht eben so erledigen kann, sondern bei dem Kontinuität und langer Atem entscheidend sind.

Ich will noch einen Aspekt benennen, nämlich die Bekämpfung jedweder Form von Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie Fremdenfeindlichkeit. Null Toleranz gegen Hass! Ich vermute – das brauchen Sie gar nicht zu sagen –, Sie hätten uns gar nicht zugetraut, dass wir da derart Gas geben und uns so darum kümmern, dass wir in der Republik weit vorne stehen, wenn es um die Bekämpfung dieser Kriminalität im Netz geht.

Aber auch da gilt: Das ist noch lange nicht genug – noch lange nicht. Allerdings sind es ganz, ganz viele Schritte mehr, als wir vor ein paar Jahren gehabt haben. Das wird auch nur Stück für Stück vorangehen. Wir haben da auch viele neue Projekte auf den Weg gebracht. Ich will sie jetzt gar nicht alle hier erläutern. Wir werden auch noch viele neue finden müssen.

Ich glaube allerdings nicht, Herr Wagner – diesen Satz muss ich mir zum Schluss leider noch gönnen –, dass man das Ganze allein auf den Punkt „Fremdenfeindlichkeit“ reduzieren kann. Das glaubt draußen fast kein Mensch mehr. Gott sei Dank verfängt diese Nummer nicht mehr und kommt nicht mehr an. Die Leute wollen sehen, dass wir uns anstrengen, dass wir uns mühen und dass wir Tag für Tag, Jahr für Jahr die Investitionen im Bereich „innere Sicherheit“ verbessern. Sie sind die blöden Sprüche satt. Sie wollen sehen, dass sich etwas ändert.

In den letzten dreieinhalb Jahren haben sie gesehen, dass sich etwas verändert. Es stimmt; es ist noch nicht genug. Deswegen müssen wir noch länger regieren. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Sven Wolf heute Morgen gesagt: Weißt du was, Sven? Geh alleine rein. Wir müssen uns in dem Bereich nicht aufteilen. – Das hatte ich auch vor, bis ich die Rede des Kollegen Katzidis gehört habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gerade einmal gegoogelt, ob ich in Bezug auf gehaltene Reden „unterirdisch“ sagen darf. Ob ich das nun mache oder nicht – ich würde sagen: Ich habe gerade mindestens drei unangebrachte Reden zu diesem Tagesordnungspunkt gehört –

(Beifall von der SPD)

mindestens drei und auch nur drei.

Lieber Christos Katzidis, wenn meine übergewichtigen Kilos einmal in Wallung kommen,

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD])

dann wahrscheinlich aus dem Grund, weil du sehr arg daran entlanggeschrammt bist, dass die Präsidentin dir gesagt hätte: Hier liegt eine Missachtung des Landtages vor.

Ich möchte dich daran erinnern, dass nach § 89 der Geschäftsordnung des Landtages NRW Fraktionen oder mindestens sieben Abgeordnete Große Anfragen stellen können. Ich finde es, gelinde gesagt, eine Frechheit, wenn ein gewählter Abgeordneter sich hier hinstellt und sagt, es sei Steuerverschwendung, wenn wir unser parlamentarisches Recht wahrnehmen. Das ist eine Frechheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es auch völlig unangebracht, dass ein Abgeordneter einer regierungstragenden Fraktion, die in der letzten Legislaturperiode unter den Drucksachennummern 16/2248, 16/7452 und 16/11268 drei Große Anfragen zur Lage der Polizei in Nordrhein-Westfalen gestellt hat, uns vorwirft, wir würden hier Steuerverschwendung betreiben. Das geht ja wohl gar nicht.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

In deinem Wortbeitrag ist auch das Wort „unseriös“ gefallen. Das ist eine Frechheit hoch 20. Denn hier sind Zahlen abgefragt worden, die dieses Ministerium sehr gut zur Kenntnis gegeben hat. Und da muss man sagen: Das sind keine unseriösen Zahlen.

Zweite Anmerkung – nur ganz kurz – zu Marc Lürbke: Meine Mutter hat mir immer gesagt, dass man vom hohen Ross leicht herunterfallen kann. Ich will nur daran erinnern, dass der Innenminister in diesen Zeiten offizielle Mails an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schreibt, in denen steht:

Deswegen ist es an der Zeit, uns auch generell Gedanken zur Kriminalpolizei zu machen: Wie muss die Kriminalpolizei im Jahr 2021 aufgestellt sein? Was brauchen wir? Was können wir verbessern?

(Christian Dahm [SPD]: Ist nicht falsch!)

So muss man agieren – und nicht, indem man erzählt, es gebe in dem Bereich Lügenmärchen. – So viel zu deiner Aussage.

(Beifall von der SPD)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat mich bewegt, hier nach vorne zu gehen.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Deshalb muss ich sagen: Manches Mal muss man sich überlegen, ob man Wahlkampf betreibt oder Reden hält. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ganzke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Ich stelle fest, dass die Beratung über die Große Anfrage 26 der Fraktion der SPD – die natürlich zulässig war; sonst wäre sie auch gar nicht erst zugelassen worden – abgeschlossen ist.

Ich rufe auf:

3 Digitale Lösungen für eine nachhaltige Öffnungsstrategie – Kontaktnachverfolgung datenschutzkonform ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12763

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Rehbaum das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lage nach einem Jahr Corona ist in vielen Unternehmen, bei den Arbeitnehmern und in vielen Familien angespannt. Die Situation ist ernst. Die Menschen sehnen sich nach Normalität. Wir alle tun das ja auch.

Gleichzeitig steigen die Infektionszahlen wieder. Das sind schwierige Voraussetzungen für die gestrige Verhandlung in der Ministerpräsidentenkonferenz gewesen.

Es nützt alles nichts: Vorsicht ist weiter angesagt. Die Risiken einer Öffnung und die Risiken eines Lockdowns müssen verantwortungsvoll gegeneinander abgewogen werden.

Bei Corona ist es wie beim Klimaschutz: Auf Herausforderungen darf man nicht mit Ideologie, sondern muss man mit intelligenten technologischen Lösungen antworten.

Die 16 Länderchefs und die Kanzlerin haben gestern nicht nur einen Stufenplan für die Öffnung beschlossen. Sie haben auch beschlossen, die Öffnung mit einem technologischen Dreiklang aus Impfen, Testen und digitaler Kontaktnachverfolgung zu unterstützen.